

Liebe Leserin, lieber Leser,

die geplante Ruhezeit über die Ostertage war kurzfristig nicht umsetzbar, trotzdem hat sich die Situation nicht geändert. Die Infektionszahlen steigen dramatisch. Neue Corona-Mutationen stellen eine große Bedrohung dar. Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei. Unsere bisherigen Strategien gegen das Virus werden nunmehr um wichtige Elemente ergänzt: Erstens wird in den nächsten Monaten sehr viel mehr Impfstoff zur Verfügung stehen als bisher. Zweitens werden der Bund und die Länder mit Hochdruck eine krisenfeste Testinfrastruktur aufbauen. Als Beispiel können die nun beginnenden kostenfreien Tests für die Beschäftigten in Schule und Kitas, aber auch die Selbsttests genannt werden.

Außerdem soll im Rahmen von Modellvorhaben durch gezieltes Testen der Zugang zum Einzelhandel und zur Gastronomie, zu Kultur- und Sportveranstaltungen geöffnet werden. Durch aktuelle Negativtests können sichere Zonen geschaffen werden, in denen Menschen Angebote angstfrei wahrnehmen sollen. Testungen helfen so, Freiheitsrechte wieder wahrzunehmen und wir erhalten durch die Testungen wertvolle Erkenntnisse über die Ausbreitung

des Virus und das Infektionsgeschehen in unterschiedlichen Lebensbereichen. Auch Oldenburg hat sich für dieses Modellprojekt beworben.

Nach der digitalen Vorstellung am 5. März wurde in sechs Wahllokalen in der Stadt Oldenburg gewählt und Jürgen Krogmann erneut als Oberbürgermeister-Kandidat nominiert. Seit 2014 ist Jürgen Krogmann der Oberbürgermeister im Oldenburger Rathaus. Er hat Ideen und Lust die Stadt zu gestalten und arbeitet schon jetzt an einer Zukunft nach Corona. Wir gratulieren Jürgen Krogmann und freuen uns auf den Wahlkampf mit ihm.

Bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße und schöne Ostertage wünschen

<u>.</u>

My Yrang

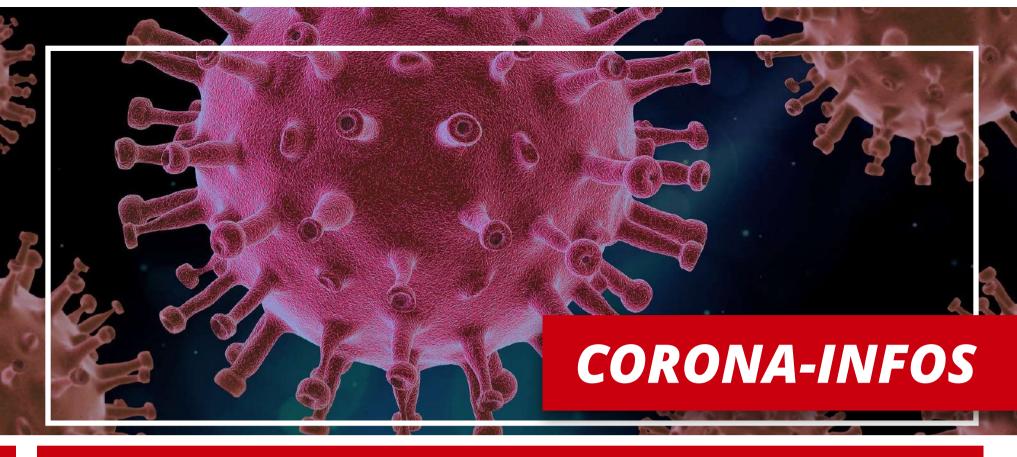
IN DIESER AUSGABE

Stand der Impfungen in Oldenburg/ Infos zu AstraZeneca. Seite 8

75 Minuten Klartext. Seite 9

+++ HINWEIS LANDTAGSFAHRTEN +++

Aufgrund der aktuellen Situation können wir noch nicht sagen, wann wir wieder Landtagsfahrten anbieten werden. Wir freuen uns bereits jetzt schon, Sie wieder in Hannover begrüßen zu dürfen.



Ab Mitte April wesentlich mehr Impfstoff vorhanden

Ostern steht vor der Tür, das zweite Ostern in der Corona Pandemie. Schon sehr lange müssen die Bürger*innen in ganz Deutschland jetzt harte Einschränkungen ertragen. Dennoch steigt die Zahl der Neuinfektionen aktuell deutschlandweit wieder stark an. Verantwortlich dafür ist insbesondere die Virusmutation B1.1.7. – eine sehr ansteckende und offenbar auch im Krankheitsverlauf gefährlichere Variante des Coronavirus.

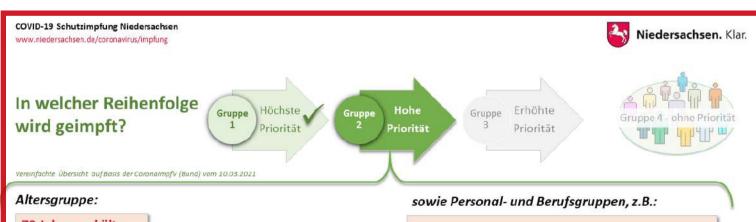
Auch in Niedersachsen haben viele Landkreise und Kreisfreie Städte inzwischen die 100er-Marke wieder überschritten. In diesen Regionen muss die Notbremse gezogen werden, bereits erfolgte Öffnungen mussten bereits oder müssen bald wieder zurückgenommen werden.

"Wir hatten alle miteinander gehofft," so Ministerpräsident Stephan Weil, "dass unsere gemeinsamen Anstrengungen die Ausbreitung des Virus nun endlich hätte eindämmen und wieder mehr Bewegungen und Begegnungen möglich machen können. Das ist nicht geschehen. Bund und Länder haben deshalb ein neues Kapitel in der Pandemiebekämpfung aufgeschlagen."

Ab Mitte April wird genug Impfstoff vorhanden sein, um wöchentlich bundesweit 3,5 Millionen Menschen zu impfen. Bis zum Sommer sollen dann alle Menschen geimpft sein, die sich impfen lassen wollen.

Nach Ostern werden konsequent 40 Prozent der Menschen zweimal wöchentlich getestet, damit verbunden ist ein

> deutlicher Gewinn an Sicherheit vor einer unkontrollierten Ausbreitung des Coronavirus. Durch regelmäßigen Testungen großer Teile der Bevölkerung Bildungswesen und im Arbeitsleben sollen Infektionen frühzeitig aufgespürt und Infektionsketten unterbrochen werden. konsequentes Testregime wird die Infektionszahlen nach nach spürbar und senken.



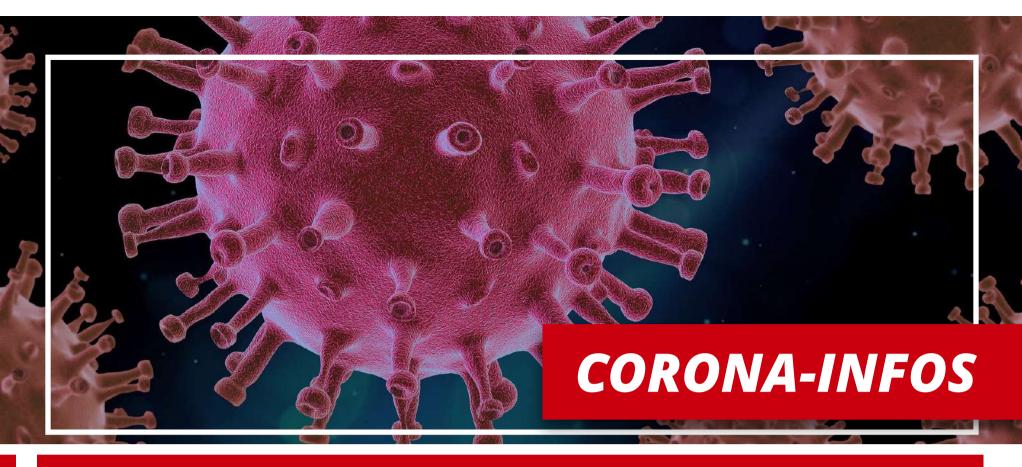
70 Jahre und älter

Day 505 85 8500 87 WW

sowie Personen mit medizinischen Gründen, z.B.:

- Personen mit Down-Syndrom oder Personen mit einer Demenz oder geistigen Behinderung oder einer schweren psychiatrischen Erkrankung
 Personen mit schweren chronischen Lungen-, Leber- und Nierenerkrankungen
- oder nach einer Organtransplantation oder Diabetes Mellitus mit Komplikationen oder Adipositas (BMI über 40)
 • Enge Kontaktpersonen (bis zu zwei) von Schwangeren oder von häuslich
- pflegebedürftigen Personen aufgrund des Alters (über 70 Jahre alt) bzw. mit vorgenannten medizinischen Gründen
 • Personen, bei denen nach individueller ärztlicher Beurteilung aufgrund
- Personen, bei denen nach individueller arztiticher Beurteilung aufgrund besonderer Umstände im Einzelfall ein sehr hohes oder hohes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf nach einer Infektion mit dem Coronavirus besteht.

- Personal in Einrichtungen für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung
- Personen, die in medizinischen Einrichtungen mit regelmäßigen Patientenkontakt tätig sind
- Polizei und Ordnungskräfte mit hohem Infektionsrisiko im Dienst
- Personen, die in Kinderbetreuungseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in Grundschulen, Sonderschulen oder Förderschulen tätig sind,
- Personen im öffentlichen Gesundheitsdienst



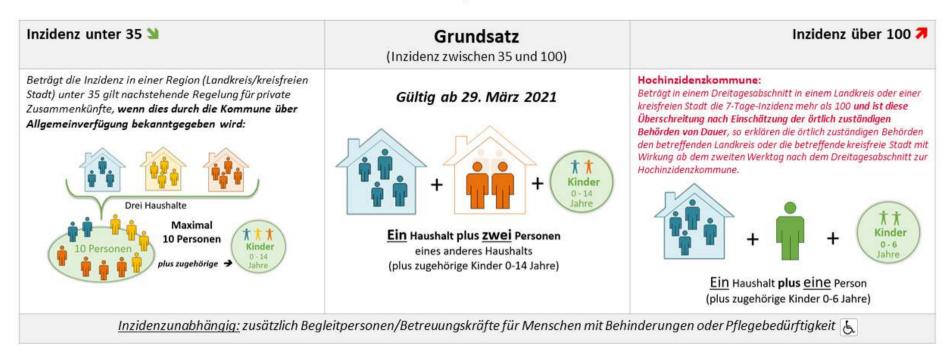
Aus der Corona-Verordnung

Niedersächsische Corona-Verordnung – kompakt –

www.niedersachsen.de/coronavirus/



Zusammenkünfte im privaten und öffentlichen Raum





Auch Ostern gelten die für die jeweilige Inzidenz vorgesehenen Kontaktbeschränkungen.

Bitte beachten Sie das Ansammlungsverbot in der Öffentlichkeit.
Und bitte verzichten Sie auf den Besuch von beliebten Orten, an denen viele Menschen zu erwarten sind.



+++ Es gilt der REGIONALE Inzidenz-Wert (Landkreis/kreisfreie Stadt) - veröffentlicht auf niedersachsen.de/coronavirus +++

Bültig ab: 29.03.2021

Mehr Informationen und Antworten auf häufig gestellte Fragen erhalten Sie hier (auf Niedersachsen.de)!

Die aktuelle Corona-Verordnung in der Lesefassung finden Sie hier!



Plenum vom 16. bis 17. März 2021

In der Plenarwoche im März ging es unter anderem darum, die Zukunft des Vereinssports zu sichern und weiterzuentwickeln. Gerade der Breitensport sorgt nicht nur für eine gesündere Gesellschaft, sondern überwindet Vorbehalte und fördert Menschen über alle gesellschaftlichen Schichten. Wir werden unseren Fokus daher auch weiterhin auf den Sport in Niedersachsen richten.

Weitere Themen:

Entwurf eines Gesetzes über den Schutz und die Erhaltung **Wohnraumschutzgesetz**) Wohnraum (Nds. von Wohnraumschutzgesetz wird den Kommunen neue Handlungsmöglichkeiten geben, um Mieterinnen und Mieter zu schützen und um gegen desolate Wohnverhältnisse vorgehen zu können, wenn Eigentümer ihren Pflichten nicht nachkommen. führen auch Gleichzeitig wir ein gesetzliches Zweckentfremdungsverbot ein. Wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, sollen die Kommunen ein Satzungsrecht erhalten, mit dem sie die Umwandlung von knappem Wohnraum in Ferienwohnungen sowie spekulative Leerstände und Abriss verhindern können.

Entwurf eines Gesetzes Neugestaltung zur des niedersächsischen Rechts der Tageseinrichtungen Kindertagespflege für Kinder und der Eines der wichtigsten Kernanliegen für die Sozialdemokratie seit ihrer Entstehung war stets die Bildung – und zwar aus zwei Perspektiven. Einmal müssen wir dafür Sorge tragen, dass Bildungsungleichheiten abgebaut werden. Kurz und knapp: Wir wollen, dass der Zugang zu Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. 2018 haben wir die Elterngebühren abgeschafft - das war ein Herzensprojekt von uns und eine Nettoentlastung für viele Menschen in Niedersachsen oft von mehreren Tausend Euro im Jahr. Andererseits stehen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch für das Engagement für mehr Qualität in der Bildung. Dazu haben wir die dritte Kraft in der Krippe eingeführt.

Nun arbeiten wir als SPD hart daran, damit wir bald einen Stufenplan präsentieren können, der eine Perspektive für die dritte Fachkraft auch in der Kita aufzeigt. Klar ist: Wir lassen von unserem Plan für mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung nicht ab.

Bericht der Enquetekommission "Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen – für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung"

Wie bereits im letzten Roten Brief (im Februar) berichtet, ist die Enquetekommission erfolgreich zum Abschluss gekommen. Die Einsetzung der Kommission wurde am 10. Dezember 2018 vom Niedersächsischen Landtag beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt war deutlich, dass die Adaptionsfähigkeit des Gesundheitssystems durch den demografischen Wandel, den medizinischen Fortschritt und die zunehmende Digitalisierung mittelfristig stark herausgefordert sein würde. Doch erst die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie schnell sich die Leistungs- und Adaptionsfähigkeit des Gesundheitssystems zu einer Frage von existenzieller Bedeutung entwickeln kann.

Natur und Verbraucher schützen – den Imkerschein einführen

Immer mehr Menschen begeistern sich für das Imkern und wollen aktiv zum Schutz und Erhalt der Bienen beitragen. Der Trend zu kleineren Imkereien mit nur einem oder wenigen Bienenvölkern setzt sich dabei weiter fort. Trotz dieser enorm wichtigen Bedeutung ist die Imkerei aber kaum geregelt und durch wenige Gesetze bestimmt. Jeder kann sich ein Bienenvolk kaufen und in den Garten stellen. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass für die Bienenhaltung ein Imkerschein abgelegt werden muss, welcher das notwendige Mindestmaß an Sachkunde der Bienenhaltung belegt.

Nähere Informationen und weitere Themen des Plenums finden Sie **hier** - auf den Seiten des Niedersächsischen Landtags.



Neues Kita-Gesetz in Niedersachsen - Webkonferenz mit Naber und Prange

Wir haben viele Postkarten, Briefe und Mails zum geplanten Kita-Gesetz erhalten und bedanken uns herzlich für die Zuschriften. Ein breites und qualitativ hochwertiges **Bildungs**und Betreuungsangebot sowie gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden sind uns sehr wichtig. **Deshalb** werden wir uns mit den aktuellen Kindergarten-Leitungen zum **Stand** des Gesetzgebungsverfahrens, den Inhalten des Gesetzes und den Erwartungen der Kitas an die Neuregelung in einer Webkonferenz austauschen.



nach weiterhin dynamisch steigende Nachfrage Kindertagesbetreuung in Niedersachsen und Oldenburg ist aus bildungspolitischer Sicht sehr zu begrüßen. Die steigenden Betreuungsquoten bei Kindern unter und über drei Jahren, Ganztagsbetreuung insbesondere auch bei der Kindergartenkindern, sind ein wichtiger Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die SPD-geführte Landesregierung hat als wichtige familienpolitische Maßnahme die vollständige Beitragsfreiheit für alle Kindergartenkinder zum 01.08.2018 eingeführt. Damit haben

wir Zugangshürden zu Bildung und Betreuung abgebaut und Familien entlastet.

Gleichzeitig hat das Land weitere erhebliche finanzielle Anstrengungen zur Steigerung der Qualität in der frühkindlichen Bildung auf den Weg gebracht und den Personalschlüssel in Krippen- und Kindergartengruppen weiter verbessert. Das Land trägt seit dem 01.08.2020 die Personalausgaben für Drittkräfte in Krippengruppen mit mindestens elf Kindern ohne stundenweise Begrenzung.

Mit den Mitteln des KiQuTG (Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege) haben die örtlichen Träger in Niedersachsen seit dem 01.01.2020 durch die Richtlinie "Qualität in KiTas" die Möglichkeit, nochmals deutlich mehr Personal in Kindergärten einzusetzen.

Mit dem nun vorliegenden Gesetzesentwurf sollen die landesweiten strukturellen Mindestanforderungen von Kindertageseinrichtungen festgeschrieben werden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Kinder überall ähnliche Bildungsangebote vorfinden.

Ohne Klarheit über die weitere Entwicklung im Bund zu haben, kann eine Festschreibung der dritten Fachkraft im Rahmen der Novellierung des KiTaG nicht erfolgen, es sei denn, das Land übernimmt diese Kosten. Dazu wäre es erforderlich, dass das CDU-geführte Finanzministerium entsprechende Mittel bereitstellt. Signale dahingehend sind bislang leider ausgeblieben.

Aktuell wird in der SPD-Fraktion ein Stufenplan erarbeitet, der mit einem begleitenden Antrag in das Verfahren eingebracht werden soll. Damit wollen wir eine Perspektive aufzeigen. Wir stehen weiterhin vehement für eine Qualitätsentwicklung ein und rücken davon auch nicht ab. Deshalb streiten wir dafür, eine dauerhafte Finanzierung für die Einführung der dritten Kraft sicherzustellen.



Digitaler Zukunftstag im Landtag am Donnerstag, 22. April 2021

Hanna Naber und Ulf Prange laden Schüler*innen zum digitalen Zukunftstag der SPD-Landtagsfraktion ein.

Der niedersächsische Zukunftstag für Mädchen und Jungen findet in diesem Jahr ausschließlich digital statt. Auch die SPD-Landtagsfraktion bietet am 22. April digitale Einblicke in die Arbeit der Landtagsabgeordneten. Vier Schüler*innen aus Oldenburg können dabei sein.

"Trotz Corona-Pandemie wollen wir auch in diesem Jahr unsere Tür für junge Menschen öffnen und zeigen, wie Landespolitik funktioniert. Interessierte Schüler*innen bekommen am Zukunftstag per Video-Konferenz einen Eindruck davon, wie der Arbeitsalltag rund um den Landtag aussieht", erklären Naber und Prange.

Voraussetzung für die Teilnahme am digitalen Zukunftstag der SPD- Landtagsfraktion ist ein PC/Laptop oder Smartphone mit Internetanschluss.

Die Plätze für den digitalen Zukunftstag der SPD-Fraktion sind begrenzt.
Interessierte
Schüler*innen aus dem Wahlkreis
Oldenburg können sich bis zum



6. April 2021 in den Abgeordnetenbüros melden unter

wahlkreisbuero@hanna-naber.de oder wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Schnelle und unbürokratische Hilfe für Sportvereine

Der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, hat eine Erhöhung der Maximalfördersumme aus dem Corona- Sonderprogramm für Sportorganisationen auf den Weg gebracht. Die bereits für das Jahr 2021 angepasste Richtlinie wurde so angepasst, dass Sportvereine jetzt bis zu 100.000 Euro aus dem Sondervermögen abrufen können. "Diese deutliche Erhöhung ist ein wichtiger Beitrag, um die niedersächsische Sportlandschaft bei der Bewältigung der COVID- 19-Pandemie weiterhin bestmöglich zu unterstützen.", sind sich Naber und Prange einig.

"Mit der Möglichkeit, aus dem Sonderprogramm eine jetzt insgesamt doppelt
so hohe Förderung wie bisher abrufen
zu können, schaffen wir für die niedersächsischen Sportvereine die weiteren
Voraussetzungen, um den Folgen der
andauernden Corona- Pandemie weiterhin entschlossen entgegentreten zu
können. Dadurch erhalten vor allem
diejenigen Vereine, die durch die Pandemie in besonderem Maße von Mitgliederverlusten betroffen sind,
weiterhin schnell und unbürokratisch Hilfe."



Damit alle Sportvereine von den Änderungen profitieren können und um den Vereinen eine größtmögliche Flexibilität bei der Antragstellung zu ermöglichen, wird die Anzahl maximal möglicher Anträge pro Verein nicht länger limitiert.

Gemeinnützige Sportorganisationen können ihre Anträge weiterhin wie gewohnt online über den **Förderbereich im Intranet des LSB** stellen.

Eine Antragstellung ist bis zum 15. November 2021 möglich.



theater wrede + erhält 1,5 Millionen Euro Bundesförderung

Bei einem gemeinsamen Besuch von Hanna Naber und Ulf Prange mit MdB Dennis Rohde im Theater Wrede haben die drei Abgeordneten dem Theater- und Stipendiennetzwerkgründer Winfried Wrede gratuliert.

Das theater wrede + wurde für die Förderung als eines von vier bundesweiten und einzige Initiative in Niedersachsen ausgesucht. Dabei war der Oldenburger Abgeordnete Dennis Rohde, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, ein wichtiger Wegbereiter der Förderung.

Das theater wrede + ermöglicht es Künstler*innen mit dem Stipendiennetzwerk, sich mit ausreichend Zeit mit einem

Thema auseinanderzusetzen und gleichzeitig durch ihre Beratung neue Künstler*innen weiter professionalisieren. "Die Kulturszene ist Corona-Pandemie der getroffen, daher ist diese Förderung ein Zeichen wichtiges für alle Kulturschaffenden in der Region und umzu." sind sich Naber und Prange einig.

Hintergrund:

Das theater wrede+ ist ein freies Theater, das 1985 gegründet wurde und seit 2000 eine eigene Spielstätte in Oldenburg betreibt. Der Schwerpunkt liegt dabei darauf, abseits des Mainstream nach neuen, progressiven Formen des Theaters zu forschen und diese zu

erproben. Auf dem Spielplan steht Theater für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die Babybühne ist dabei ein Alleinstellungsmerkmal in Norddeutschland. Als Initiatoren des bundesweiten Stipendienprogramms flausen+ vergibt das theater wrede + zusammen mit bundesweiten Kooperationstheatern aus 13 Bundesländern seit 10 Jahren zudem jedes Jahr Stipendien an junge Künstler:innengruppen des darstellenden Bereichs. Ohne die üblichen Auftritts- und Ergebniszwänge erhalten sie während einer vierwöchigen Residenzzeit die Möglichkeit, künstlerisch zu erforschen.





Oldenburg bald bei 20.000 Erstimpfungen /Luca-App in Oldenburg

Im Impfzentrum Oldenburg haben in der letzten Woche weitere 2.600 Menschen eine Erstimpfung gegen das Corona-Virus erhalten, 1.200 bekamen eine Zweitimpfung. Die Zahl der in Oldenburg insgesamt geimpften Menschen stieg damit auf mehr als 19.000, das entspricht einer Quote von 11,2 Prozent der Einwohner*innen.

Mittlerweile vollständig geimpft sind die Bewohner*innen in stationären Alten- und Pflegeheimen. Das gilt auch für Mieter*innen in Einrichtungen des Betreuten Wohnens, sofern sie 80 Jahre und älter sind. Außerdem wurden in dieser Woche weitere 690 Beschäftigte der Oldenburger Kliniken von den mobilen Impfteams geimpft.

Bei der Gruppe der Menschen, die 80 Jahre und älter sind, machen die Impfungen ebenfalls sehr gute Fortschritte. Diese Menschen der Priorität eins – zu der in Oldenburg etwa 10.500 Personen gehören – werden voraussichtlich bis Ende März durch Termine im Impfzentrum vollständig geimpft sein.

Impfungen mit AstraZeneca: Niedersachsen folgt STIKO-Empfehlung

In Niedersachsen wird der Impfstoff von AstraZeneca ab sofort nur noch für Menschen ab 61 Jahren, die den Priorisierungsgruppen 1 und 2 angehören, zur Verfügung stehen. Damit folgt die Landesregierung der jüngsten Empfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO).

Als Grund für die Empfehlung weist die STIKO auf Gerinnungsstörungen hin, die im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung aufgetreten sind und in Einzelfällen einen tödlichen Verlauf nehmen. Beobachtet wurden diese seltenen schweren Nebenwirkungen überwiegend bei Menschen unter 60 Jahren. Die STIKO empfiehlt daher, die COVID-19 Vaccine AstraZeneca für Personen im Alter ab 61 Jahren zu verwenden. Ihr Einsatz unterhalb dieser Altersgrenze bleibt indes nach ärztlichem Ermessen und bei individueller Risikoakzeptanz nach sorgfältiger Aufklärung möglich.

Niedersachsen hat am 26.03.2021 den Vertrag zur Nutzung der LUCA App abgeschlossen. Nach Ostern soll der Service in den ersten Modellkommunen starten. In spätestens einem Monat sollen sämtliche 43 Gesundheitsämter in Niedersachsen an das LUCA System angeschlossen sein.

Das städtische Gesundheitsamt in Oldenburg ist bereits an LUCA angebunden. Dadurch kann bei der Kontaktpersonennachverfolgung auf die Daten zugegriffen werden, wodurch dieser Prozess vereinfacht wird. Die LUCA App kann im privaten Umfeld sowie auch für Firmen als Betreiber einer Location eingesetzt werden. Generell gilt: Die App kann ab sofort von allen genutzt werden.

Informationen für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Vereine sind auf hier - auf oldenburg.de - abrufbar.

LUCA ist eine App, mit der die Kontaktnachverfolgung in Geschäften, Restaurants oder Kinos möglich gemacht wird. Die Nutzung der App, die auf allen gängigen Smartphones läuft, ist für alle Bürger*innen sowie teilnehmende Betriebe und Gesundheitsämter kostenlos.

Zur Funktion: Anders als die Corona Warn-App der Bundesregierung erfasst die LUCA App nicht nur, ob jemand Kontakt zu einer positiv auf Corona getesteten Person hatte, sondern auch wo der Kontakt stattgefunden hat. Eine datenschutzkonforme Rückverfolgung von Infektionsketten wird somit unter Einbindung der Gesundheitsämter ermöglicht.

Wer sich die App nicht herunterladen möchte oder kein Smartphone besitzt, hat die Möglichkeit, sich einen Schlüsselanhänger mit einem personalisierten QR-Code zu bestellen oder seine Kontaktdaten über ein Formular beim Gastgeber anzugeben.



Digital im Gespräch: 75 Minuten Klartext mit Dennis Rohde

MdB Dennis Rohde stellte sich Ihren Fragen - am 9. März gemeinsam mit Oberbürgermeister Jürgen Krogmann und Hanna Naber, am 11. März mit Oberbürgermeister Jürgen Krogmann und Ulf Prange. Die Veranstaltungen fanden erstmals digital statt und liefen genau 75 Minuten.

Zu Beginn der Liveschalte wurde kurz das Format vorgestellt und die Stoppuhr eingeschaltet, auf der die Zeit verfolgt werden konnte. Die Sprecher*innen hielten je fünf Minuten lange Eingangsstatements.

Sechzig Minuten lang war dann Zeit für Fragen oder Impulse, die per Wortmeldung innerhalb von einer Minute gestellt werden konnten. Die Abgeordneten antworteten dann maximal zwei Minuten lang auf die Frage. Dabei hatten alle stets die Uhr vor Augen.





Es wurden viele Fragen an die Abgeordneten und den Oberbürgermeisterkandidaten gestellt.

Neben Fragen, wie Kulturschaffende in der Pandemie unterstützt werden können und welche Konsequenzen man im Bereich der Pflege aus der Corona-Pandemie zieht, ging es unter anderem auch um spezielle Bereiche wie die Entwicklung des Fliegerhorstes in Oldenburg.

Dieses Format wird wiederholt - ein Termin mit Oberbürgermeister Jürgen Krogmann und Hanna Naber steht bereits fest: Dienstag, 6. April 2021 um 19 Uhr.

Hier können Sie sich dazu anmelden:

75 Minuten Klartext



SPD-Generalsekretärin Naber fordert Transparenzoffensive

Hanna Naber fordert, die Nebentätigkeiten der Landtags-Abgeordneten künftig transparenter abzubilden. Momentan veröffentlicht der Landtag die Nebeneinkünfte von Abgeordneten in einem Stufensystem, wobei Stufe eins Einkünfte von 1.000 bis 3.500 Euro umfasst. "Einnahmen aus Nebentätigkeiten sind auf Euro und Cent nicht nur gegenüber der Landtagspräsidentin anzuzeigen, sondern künftig auch selbst etwa auf der eigenen Homepage zu veröffentlichen", so Nabers Vorschlag. Die Untergrenze, ab der Nebeneinkünfte angezeigt werden müssen, möchte Naber von 1.000 Euro auf 500 Euro monatlich senken.

Auch der zeitliche Aufwand soll ihrem Vorschlag nach transparent dargestellt werden. "Die zentrale Frage ist, ob das Mandat im Mittelpunkt der Arbeit steht oder eine eventuelle Nebentätigkeit. Wir werden schließlich von den Bürger*innen bezahlt. Diese haben einen Anspruch darauf, dass das offengelegt wird." Sie schlägt vor, eine Anzeigepflicht auch für die verwendeten Stunden pro Monat und Jahr einzuführen.

Bezahlter Lobbyarbeit möchte Naber zumindest für die Zeit der Abgeordnetentätigkeit Einhalt gebieten. Wer Unternehmensbeteiligungen bei Kapital- und Personengesellschaften besitzt, muss diese aktuell erst ab 25 Prozent der Stimmrechte angeben. Naber fordert, diese Grenze auf 5 Prozent abzusenken, um eventuelle Interessenskonflikte offenzulegen. Ihre Vorstöße werden auf



Foto: SPD Niedersachsen

der Landesvorstandsklausur der SPD Niedersachsen Anfang April besprochen. Für die Umsetzung müsste die SPD-Fraktion im Landtag anschließend weitere Fraktionen von ihrem Vorstoß überzeugen und das Abgeordnetengesetz ändern.

WIR SIND FÜR SIE DA!









Bürogemeinschaft Naber & Prange

Huntestraße 23 26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-13 / 0441 361175-12 E-Mail: wahlkreisbuero@hanna-naber.de wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Redaktionsschluss: 31. März 2021

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP): Hanna Naber & Ulf Prange

Redaktion: Sabine Bohlen, Alina Finke,

Theis Hellmann & Oliver Schwichtenberg